



Städtetag Baden-Württemberg · Postfach 10 43 61 · 70038 Stuttgart

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied

Herrn Minister
Helmut Rau MdL
Ministerium für Kultus, Jugend
und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42

70029 Stuttgart

01.02.2010 – Az. 200.205/206.0 - Telefon 0711/2 29 21-13 - norbert.brugger@staedtetag-bw.de

**Informationskampagne zur „Qualitätsoffensive Bildung“ des Landes
Kürzung der Lehrerwochenstunden für Altganztagschulen**

Sehr geehrter Herr Minister Rau,

mit dem beiliegenden heutigen Rundschreiben informieren wir alle Verbandsmitglieder über den Start Ihrer Informationskampagne zur Qualitätsoffensive Bildung des Landes. Unseren Ausführungen können Sie entnehmen, dass wir dies wohlwollend tun, wiewohl die Kampagne beträchtliche Kosten verursacht. Diese übersteigen beispielsweise den Jahresetat des Städtetages Baden-Württemberg. Wenn die Kampagne das Wissen um die vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler in unserem Schulsystem deutlich verbessert und ihnen das berechtigte Gefühl gibt, auch in Sache Bildung in Baden-Württemberg gut aufgehoben zu sein, wird sich diese Investition lohnen.

Was als Offensive propagiert wird, muss aber auch eine Offensive sein. Die von Ihrem Hause im Januar verfügte Kürzung der Lehrerzuweisungen für Altganztagschulen um vier Lehrerwochenstunden pro Klasse bei Ganztagsgrundschulen und zwei Lehrerwochenstunden pro Klasse bei Ganztags Hauptschulen ab kommendem Schuljahr konterkariert Ihre Ankündigungen und macht die Offensive damit insgesamt angreifbar.

Sie werden gegen diese Kritik möglicherweise einwenden, dass mit der Deputatsreduzierung bei Altganztagschulen nur deren Gleichstellung mit später eingerichteten Ganztagschulen erreicht werden soll. Dies hielten wir allerdings für die falsche Sicht der Dinge. Ganztagschulen brauchen für die Bewältigung ihrer besonderen Herausforderungen ausgebildete Lehrer in ausreichender Zahl. Wohl niemand seitens der Landesregierung wird den Altganztagschulen unterstellen wollen, sie seien derzeit zu üppig mit Lehrerstunden ausgestattet. Ihre Arbeit beruht schließlich auf einer Empfehlung der Enquete-Kommission „Kinder in Baden-Württemberg“ aus den 1990er-Jahren.

Telefon 0711/22921-0
Telefax 0711/22921-42
Mail post@staedtetag-bw.de
Internet www.staedtetag-bw.de
Hausadresse: Königstraße 2,
70173 Stuttgart

Die Reduzierung der Altganztagschuldeputate muss also Einschnitte in deren Schulangebot nach sich ziehen. Schulen haben sich diesbezüglich bereits Hilfe suchend an ihre Träger gewandt. Wir legen Wert auf die Feststellung, dass die Städte nicht verpflichtet sind, mit eigenem Personal in diese Bresche zu springen. Da die Altganztagschulen wie alle zwischenzeitlich mehr als 1.200 Ganztagschulen nach wie vor als „Schulversuche“ laufen, setzt dies nach § 22 Abs. 2 Schulgesetz vielmehr die Zustimmung der Schulträger zu den vom Land einseitig geänderten Rahmenbedingungen der Versuche voraus.

Dessen ungeachtet ist die Deputatsreduzierung ein weiterer Schritt zur De-facto-Kommunalisierung des Ganztagschulbetriebs. Selbst für die Aufsicht beim Mittagessen der Ganztagschulen müssen ja schon die Städte sorgen, weil das Kultusministerium die Lehrerschaft via Schulversuchserlasse davon entbindet. Dabei erfolgt die Aufsichtsführung ansonsten in den Schulpausen – einschließlich Mittagszeit – doch ganz selbstverständlich durch Lehrpersonal, weil es pädagogisch sinnvoll und vom Schulgesetz deshalb so vorgesehen ist.

Das reiht sich leider in eine ganze Serie weiterer Entlastungsmaßnahmen der Kultusverwaltung auf Kosten der Kommunen ein. Zu ihnen zählen auch die Schulsozialarbeit und die Übertragung von Kernaufgaben der staatlichen Schulverwaltung auf die mit kommunalem Personal besetzten Schulsekretariate. Unser bislang unbeantwortetes Schreiben hierzu vom 30.11.2009 liegt in Mehrfertigung nochmals bei.

Gleichzeitig weigert sich das Land als mittlerweile beinahe letztes bundesweit, Ganztagschulregelungen ins Schulgesetz aufzunehmen und damit Rechtssicherheit und Verlässlichkeit für alle Beteiligten zu schaffen. Und dies nach mehr als 20-jährigem Versuchsbetrieb an mittlerweile über 1.200 Schulen. Offensiv und zukunftsweisend wäre es, diesen großen Mangel der baden-württembergischen Schulpolitik sehr bald zu beseitigen.

Wir bitten Sie dringend, sich hierfür zu verwenden und die Kürzung der Lehrerzuweisung bei Altganztagschulen rückgängig zu machen. Das jetzige Ausstattungsniveau der Altganztagschulen muss das Mindestmaß für die Ausstattung aller anderen Ganztagschulen im Land werden. Zur Schulsozialarbeit erwarten wir im Zuge der Entscheidungen des Landtags und der Landesregierung über die Konsequenzen aus dem Amoklauf von Winnenden und Wendlingen am Neckar einen Kurswechsel.

Herr Fraktionsvorsitzender Mappus MdL erhält eine Mehrfertigung dieses Schreibens zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Stefan Gläser
Oberbürgermeister a. D.

Anlage